

nellen Flügel innerhalb der islamischen Gruppierungen zuordnen. Dieser Islam vertritt die Meinung, daß „der Prophet Muhammad zugleich Geschäftsmann, Staatsmann und Krieger gewesen und somit in der Lage sei, den Weg zu weisen“ für alle Menschen. So drückt es der sich vor kurzem zum Islam bekehrte *Roger Ga-raudy* aus.

In der Tat zeigt der Islam seinen Anhängern einen klaren Weg, dessen Markierungen die *Gebote* sind. Diese wiederum sind göttlichen Ursprungs. Indem der Muslim die Gebote beachtet, unterwirft er sich dem Willen Gottes und kann dessen Barmherzigkeit sicher sein. Er praktiziert das, was bereits Millionen Muslime vor ihm getan haben, auch wenn westeuropäische Christen solches Tun als freiwilligen Rückzug aus persönlicher Verantwortung sehen und verstehen. Nach islamischem Glaubensverständnis liegt die Größe des Menschen darin begründet, daß er den alleinigen Gott bekennt. Die Würde des Menschen hängt schließlich auch davon ab, ob die Gesellschaft nach dem Gesetz Gottes (*shari'a*) geordnet ist, der die menschliche Geschichte lenkt.

Mit dem zweiten Motiv der Neophyten, daß man nämlich zur Quelle, zur *Urreligion* zurückgefunden habe, können sich natürlich Christen widerspruchslos einverstanden erklären. Denn immerhin sagen die Neubekehrten, Muhammad habe nie eine neue Religion verkünden, sondern nur alle Menschen zum Glauben Abrahams zurückführen wollen. In dieser Linie hätten auch Moses und Jesus gestanden, die ja im Islam als Propheten verehrt würden. Diese Aussage ist für Muslime richtig, Christen können sich darin jedoch nicht wiedererkennen. Vordergründig könnte man annehmen, daß die Botschaft Moses' und Jesu Bestandteil der koranischen Botschaft ist. *Roger Arnaldez* hat jedoch in seiner Studie: „Jesus: Fils de Marie – Prophète de l'Islam“ diese Frage überprüft. Er hat die islamische Tradition untersucht und kommt zu dem Schluß, daß die Muslime Jesus, so wie ihn das Christentum versteht, im allgemeinen nicht kennen.

Dies sollte betont werden, da die Gruppe der *fundamentalistisch orientierten deutschen Muslime* in Zukunft für den Dialog an Bedeutung gewinnen wird. Damit aber ein aufrichtiger Dialog stattfinden kann, muß auf solche Begriffsunterschiede, die sich in der islamischen Tradition wie auch im Denken vieler Christen eingeschlichen haben, hingewiesen werden.

Es genügt nicht, von Gott oder Allah zu reden, um den einen lebendigen und wahren Gott zu beschwören. Man sollte sich vielmehr bewußt sein, daß man es mit zwei verschiedenen Offenbarungs-Traditionen zu tun hat.

Bessere Hilfe zur Lebensbewältigung

Um auf dem Weg Allahs weiterschreiten zu können, sammeln sich die neuen deutschen Muslime in lockeren Verbänden. Sie schließen sich im allgemeinen nicht den türkischen Verbänden an. Der Kontakt zu anderen Muslimen ist aber notwendig, denn der einzelne braucht, um als Muslim überleben zu können, unbedingt die Gemeinschaft anderer Muslime. Inzwischen gibt es jedoch eine kleine

Gruppe von deutschen Muslimen, die den Gemeinschaftscharakter des Islam ablehnen. Sie glauben im Islam eine *rationale* Religion gefunden zu haben. Nach ihnen gibt es keine Geheimnisse, wie z. B. die Sakramente, oder die Erlösung. Ferner bestehen sie darauf, daß der einzelne frei sei vor Gott und nicht eingebunden sein dürfe in eine hierarchische Gemeinschaft wie jene der katholischen Kirche. In der Gemeinschaft der Muslime gebe es deshalb auch keinen *primus inter pares*. Alle seien Brüder und jeder sei nur Gott gegenüber für sein Tun und Leben verantwortlich.

Zu nennen sind auch noch diejenigen, die sich den mystischen Bruderschaften im Islam angeschlossen haben. Ihre Bekehrung ist vorwiegend auf das in diesen Kreisen erlebte Gemeinschaftsgefühl zurückzuführen, das im *dhikr* (mystische Gebet) seinen intensivsten Ausdruck findet. Die Bekehrung zu dieser islamischen Tradition ist oft eine Flucht aus der Realität in eine Scheinwelt, während die anderen, die sich zum Islam bekehrt haben, überzeugt davon sind, daß er ihnen bei der Bewältigung des Lebens besser hilft als jede andere Religion. H. V.

Französischer Schulstreit mit vertauschten Rollen

Im Streit um die privaten, zumeist katholischen Schulen in Frankreich (vgl. HK März 1983, S. 105ff.) ist eine neue Runde eingeläutet worden. Dabei fand ein bezeichnender Seitenwechsel statt: Während noch vor einem Jahr das katholische Unterrichts-wesen mit einem entschiedenen „Nein“ auf die Vorschläge von Erziehungsminister *Alain Savary* vom 12. Dezember 1982 geantwortet hatte, ist von dieser Seite nach den jüngsten Vorschlägen des Ministers vom 19. Oktober 1983 (*Le Monde*, 20. 10. 83) ein „Ja, aber ...“ zu hören. Ein deutlich vernehmbares „Nein“ kommt demgegenüber von denjenigen, denen Savarys Erklärung auf dem Weg zu einem „öffentlichen, einheitlichen und laizistischen nationalen Er-

ziehungswesen“ – so die Formulierung aus dem Programm des Präsidentschaftskandidaten *François Mitterrand* – geradezu als Rückzug erscheint.

Veränderte Fronten

Savary stellt in seiner Erklärung fest, daß das französische Erziehungswesen auf drei wesentlichen Prinzipien gründe: „Der Gleichheit aller in bezug auf die Erziehung, der Achtung vor dem Gewissen, der Freiheit des Schulwesens“. In Treue zu diesen Prinzipien müsse das französische Erziehungssystem erneuert werden. Das letzte dieser drei Prinzipien erläutert der Minister u. a. mit dem Hinweis, daß damit garantiert sei, daß eine Un-

terrichtseinrichtung auch durch eine private Initiative entstehen könne, sofern sie die Gesetze Frankreichs achte. Ein Monopol des Staates verbiete sich auf Grund dieses Prinzips. Ebenso trage es zur Wahlfreiheit der Familie in Sachen Erziehung bei. Außerdem legt Savary eine Liste von Einzelfragen vor, die im einzelnen nach Tragweite und Priorität sowie nach einem Zeitplan gestaffelt angegangen werden müßten.

Teilen der französischen Linken, besonders Lehrerverbänden der öffentlichen Schulen und betont laizistisch denkenden Gruppen in Frankreich gehen die Vorschläge Savarys nicht weit genug. Sie wollen dem „Dualismus“ im Schulwesen ein Ende gesetzt sehen. Und dafür finden sie in Savarys Erklärung keine Hinweise mehr. Sie sehen nur verewigt, was sie lieber heute als morgen abgeschafft wissen möchten: das Nebeneinander von einem öffentlichen Schulsystem und einem mit erheblichen staatlichen Finanzmitteln gestützten privaten Schulwesen. Am 26. Oktober 1983 erklärte das Nationalkomitee der laizistischen Aktion (*Le Monde*, 28. 11. 83), es gehe in der Schulfrage nicht um die Beziehungen zwischen dem privaten und dem öffentlichen Schulsystem, sondern um die Beziehungen zwischen dem Staat und der privaten Schule. Der Staat könne sich mithin nicht als Schiedsrichter aus dem Streit heraushalten. In dieser Frage stelle er nicht den Vermittler dar, sondern sei Partei. Die Regierung müsse weiterhin „Garant des laizistischen Charakters der Einrichtungen des französischen Staates“ bleiben.

Das *Nationalkomitee des katholischen Schulwesens* als wichtigster Gesprächspartner auf der Seite der privaten Schulen antwortete nach Ablauf eines von Minister Savary eingeräumten Zeitraums von einem Monat am 12. November 1983 (*S.N.O.P.*, 23. 11. 83). Innerhalb des Komitees setzten sich offenbar nach internen Auseinandersetzungen diejenigen durch, die trotz aller Bedenken in gewichtigen Details die von der Regierung vollzogene Richtungsänderung mit einer Einwilligung zu Gesprächen

honorieren wollten. Ein weiteres „Nein“ hätte wohl auch die andere Seite mehr verhärten können, als daß es sie zu weiteren Zugeständnissen bewegt hätte. Im übrigen hätte es die Vertreter einer harten laizistischen Linie nur weiter in ihrer kompromißlosen Haltung gegenüber der privaten Schule bestätigt.

Signalisierte Gesprächsbereitschaft

Das Nationalkomitee bekennt sich seinerseits zur *Notwendigkeit einer Reform des französischen Schulwesens*, die jedoch nur realisiert werden könne innerhalb eines Pluralismus an Einrichtungen. In dem von der Regierung vorgelegten Papier erkenne man Öffnungen in diese Richtung. Nur ungenau äußere sich die Erklärung zu Punkten, die das katholische Schulwesen jedoch als wesentlich erachte: die juristische und administrative Unabhängigkeit der Einrichtungen, die freie Wahl der Schulleiter und Lehrer, die Wahlfreiheit der Eltern und der Lehrpersonen, die Freiheit bei der Ausarbeitung eines erzieherischen Programms und bei der Ausbildung der Mitarbeiter. Als mögliche erste Schritte in Richtung Integration der privaten Schulen in das öffentliche Schulsystem und damit als unannehmbar sieht das Nationalkomitee Überlegungen seitens der Regierung an, die Schulleiter vom Staat zu ernennen sowie dem Lehrkörper der privaten Schulen die Möglichkeit einzuräumen, sich freiwillig im öffentlichen Schulwesen anstellen zu lassen.

Gesprächsbereit zeigt man sich in vier Fragekomplexen: Vorveranschlagung der Haushaltsmittel und der damit zusammenhängenden Erarbeitung von Bedingungen für die Schaffung und Schließung von Klassen und Schultypen (die privaten Schulen genießen diesbezüglich eine größere Freiheit als die öffentlichen Schulen); Anpassung des privaten Schulwesens an eine Dezentralisierung des allgemeinen Schulwesens; Beteiligung an Pilotprojekten, Schaffung eines speziellen Status für den Lehrkörper.

Hier die Linke, vertreten durch den

sozialistischen Erziehungsminister – dort die katholische Kirche, massiv unterstützt von den oppositionellen bürgerlichen Parteien, so hatte der Schulstreit noch bis vor kurzem ausgesehen. Was damals schon die Wirklichkeit nur allzu oberflächlich beschrieb, gilt jetzt erst recht nicht mehr: In der Schulfrage kündigen Mitterrands Leute die Gefolgschaft auf, die bislang zu ihren entschiedensten Anhängern zählten. Und die *Oppositionsparteien* sehen sich durch die Bereitschaft der katholischen Schulen, in den Dialog mit der sozialistischen Regierung über die Reform des Schulwesens einzutreten, um ein zugkräftiges Thema gebracht, mit dem sich in einem Ausmaß Menschenmassen auf die Straße bringen ließen, wie dies in anderen Teilen Westeuropas in der letzten Zeit nur durch die Nachrüstung gelang. Während die Rechte ihre Befürchtungen noch nicht hinreichend entkräftet sieht, die Linksregierung wolle das Schulwesen im Sinne alter laizistischer Träume letztlich doch *vereinheitlichen und zentralistisch in den Griff bekommen*, sieht sich die Linke um die Früchte der Regierungsübernahme von 1981 gebracht.

Der Opposition den Wind aus den Segeln genommen

In einem jedoch dürfte Einigkeit bestehen: Die veränderte Lage konnte Savary nur dadurch herbeiführen, daß er sich in der Erklärung kaum festlegte. „Die Trümpfe des Textes liegen in seinen Mehrdeutigkeiten“ (*Le Monde*, 20. 10. 83). Die Bereitschaft auf katholischer Seite, in Gespräche einzutreten, und die Ablehnung durch Teile der Linken erklären sich weniger durch das, was Savary sagte, als vielmehr durch das, was er verschwieg, aber was er schlimmsten- bzw. bestenfalls, je nach der Position, hätte sagen können. Wenn beispielsweise in Savarys Erklärung von einer Integration der privaten Schulen in das öffentliche Schulsystem nicht mehr die Rede ist, so bedeutet dies für die einen ein beträchtliches Abrücken der Regierung von früheren Zielen und somit einen Schritt in die richtige Richtung, für die anderen aber signalisiert dies, daß die

Regierung gewillt sein könnte, den bestehenden Dualismus zwischen privaten und öffentlichen Schulen zu akzeptieren, und somit einen Schritt hinter die selbstgesteckten Ziele zurückgeht.

Die Erklärung Savarys bedeutet für die französische Regierung einerseits Entlastung, indem sie der Opposition Wind aus den Segeln nimmt. Die fortwährenden Ermahnungen von seiten der Oppositionsparteien, die Regierung habe ihrer Absicht, den Griff nach den Privatschulen zu wagen, noch nicht abgeschworen, klingen nicht mehr recht überzeugend. Da die Regierung der Linie eines kämpferischen Laizismus, wie er sich inzwischen wieder stärker zu Wort meldet, nicht folgte, schaffte sie sich andererseits *Gegner im eigenen Lager*.

Während noch vor einem Jahr die private Schule in eine Verteidigungsposition geraten war, sind es nun die Gegner der privaten Schule, von denen der Hauptwiderstand ausgeht. In den eigenen Reihen wird die französische Regierung einige Überzeugungsarbeit leisten müssen, um deutlich zu machen, daß der „laizistische“ Charakter des französischen Staates heute nicht mehr mit den Mitteln des 19. Jahrhunderts garantiert werden kann. Wieweit sie gegen den erklärten Willen dieser Gruppen die Suche nach einer Lösung in der Schulfrage betreiben kann, wird davon abhängen, wie sicher die Regierung insgesamt im Sattel sitzt.

Was ist Laizismus?

Aber auch die andere Seite steht nicht ganz ohne Probleme da. Die eher vermittelnde Position der französischen Bischöfe ist nicht unumstritten. Ein Brief des Vorsitzenden der Kommission der Bischofskonferenz für das Schulwesen und die Universitäten, des Bischofs von Tours, *Jean Honoré*, vertritt das Bemühen, die Haltung der Bischöfe in den eigenen Reihen zu rechtfertigen (La Documentation Catholique, 6. 11. 83). Honoré unterstreicht darin die Dringlichkeit einer Reform des Schulwesens, der sich der Staat, von welcher Partei er auch ge-

tragen werde, nicht entziehen könne. Der Staat dürfe zwar nicht der Versuchung erliegen, das Monopol im Schulwesen anzustreben, aus seiner Verantwortung für den öffentlichen Teil des Schulwesens, der immerhin den größeren Teil ausmache, könne er jedoch nicht entlassen werden. Ebenso wenig könne man ihm das Recht nehmen, eine Kontrolle über private Einrichtungen auszuüben. Die Eltern und Verantwortlichen der katholischen Schule weist Honoré darauf hin, daß den Bischöfen die pastorale Sorge für *alle* Jugendlichen zukomme. Auch wolle man alles tun, damit die Freiheit des Schulwesens herausgehalten werde aus politischen und wahltaktischen Rücksichten. Auf staatlicher wie auf kirchlicher

Seite scheinen sich also gemäßigte Positionen durchzusetzen. Wahrscheinlich wird es wohl auch so bleiben. Nur so dürfte eine Übereinkunft über das Schulwesen insgesamt möglich werden. Im übrigen aber dürfte Frankreich eine tiefere Auseinandersetzung darüber, was es heißt, in einem laizistischen Staat zu leben, nicht erspart bleiben. Ein „Laizismus“, wie ihn der Jesuit *Paul Valdier* in dem Zusammenhang gekennzeichnet hat, sollte auch von eingefleischten Laizisten akzeptiert werden können: „Der Wille, einen Pluralismus herzustellen, in dem sich die Tendenzen ausdrücken können, aus denen sich die Nation zusammensetzt, alle großen intellektuellen, spirituellen und politischen Familien“ (La Croix, 25. 11. 83). K. N.

Englands Bischöfe und die Nato-Nachrüstung

Mit seiner Stellungnahme zur Nato-Nachrüstung vom 17. November setzte der katholische Primas von England, Kardinal *Basil Hume*, die Serie der Stellungnahmen nationaler Episkopate zur Friedensfrage fort. Sie ist relativ kurz gehalten, verzichtet vor allem auf weit ausholende theologische Begründungen, befindet sich in ihrem sachlichen Ergebnis irgendwo zwischen der deutschen und französischen Haltung und unterscheidet sich deutlich von der der amerikanischen Bischöfe.

Ein deutliches Wort des Kardinals

Der Kardinal hebt darin die Bedeutung der *Friedensbewegung* hervor, vor allem ihre Fähigkeit, Druck auf die westlichen, nicht aber auf die östlichen Regierungen, die keine Massenproteste dulden, auszuüben. Zum Thema selbst stellt der Kardinal fest: „Wir haben einerseits eine schwere Verpflichtung, den Kernwaffenkrieg zu verhindern, andererseits hat der Staat das Recht und die Pflicht legitimer Selbstverteidigung, um seinen Bürgern Ge-

rechtigkeit, Freiheit und Unabhängigkeit zu sichern.“ Obwohl die Verwendung von Kernwaffen als Waffen der massiven Tötung nie gerechtfertigt sei, würde es zu einer Destabilisierung der gegenwärtigen Situation und zu einer dramatischen Steigerung des Risikos der Kernwaffenerpressung kommen, wollte man sie ohne hinreichende Sicherungen aufgeben.

Zu dem scheinbaren Widerspruch, die Verwendung von Kernwaffen zu verdammen, aber das *Prinzip der Abschreckung* zu dulden, erklärte Hume: „Die Abschreckung kann als das geringere von zwei Übeln akzeptabel sein, ohne unbedingt als Gut angesehen zu werden. Diese Ansicht kann überdies selbst von denjenigen vertreten werden, die sich der Moral der Kernwaffenabschreckung widersetzen.“

Denn selbst eine moralisch nicht ganz einwandfreie Verteidigungspolitik kann nicht von heute auf morgen und ohne die Reaktion potenzieller Feinde miteinzubeziehen demontiert werden.“ Um jedoch die moralische Glaubwürdigkeit zu bewahren, müsse die feste Absicht erkennbar sein, daß